

"Oberstufe an der Gemeinschaftsschule durch Zahlenakrobatik"

Gemeinsame Presseerklärung der Lehrerverbände in Baden-Württemberg

Verbandsvorsitzende von BLV, RLV und PhV in Baden-Württemberg stellen klar:

Nach dem Regierungswechsel 2016 werden die Entscheidungen zur nur vereinzelt Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe für Gemeinschaftsschulen konsequent an klaren Kriterien festgemacht. „Mindestens 60 Schülerinnen und Schüler zum Ende der Mittelstufe in absehbar langfristiger Nachfrage braucht eine Gemeinschaftsschule weiterführend, um eine gymnasiale Oberstufe zu generieren. Das ist eine transparente und nachvollziehbare Aussage und wir sehen die Kultusministerin hierbei auf klarem Kurs“, so die Verbandsvorsitzenden. Es ist Zahlenakrobatik, wenn in die Prognosezahlen, exemplarisch abzulesen an der GMS Salem, nicht nur die eigenen Schülerinnen und Schüler, sondern im Rahmen der regionalen Schulentwicklung auch die der Nachbarschulen, der Schulen der Umlandgemeinden und hier insbesondere die zukünftigen Realschulabsolventen für deren geplante Oberstufe eingerechnet werden. Allein bis zu 15% der Schülerinnen und Schüler der stark frequentierten Realschulen wollen sie addieren dürfen. Zusätzlich die Schülerschaften umliegender Gemeinschaftsschulen, die aber alle bereits vor Ort Zugang zu Gymnasien mit genügend Kapazitäten haben.

Herbert Huber (Landesvorsitzender des Berufsschullehrerverbands):

„Bereits kurz nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages warnte der BLV mit Nachdruck davor, dass vor dem Hintergrund der wachsenden Formulierungen im Koalitionsvertrag bei 9 Stadtkreisen und 93 Großen Kreisstädten, immer neue Begehrlichkeiten im Hinblick auf eine Oberstufe an Gemeinschaftsschulen geweckt würden. Daher muss die Diskussion über die Oberstufen an Gemeinschaftsschulen endlich aufhören. Der BLV unterstützt ausdrücklich die Haltung der Kultusministerin, die einen Ausbau ablehnt und sich öffentlich zu den Beruflichen Gymnasien bekennt und sich für einen Weg einsetzt, der i.d.R. über die Realschulen auf die Beruflichen Schulen führt. Siebzig Prozent der Schüler der Eingangsklassen auf den Beruflichen Gymnasien sind ehemalige Realschüler. Dabei sollte man wissen, dass die Beruflichen Gymnasien und Berufskollegs bereits jetzt schon Absolventen von Werkreal-, Real-, Berufsfachschulen und Abgänger allgemeiner Gymnasien gemeinsam zur Hochschulreife führen. Künftige Absolventen der Klasse 10 der Gemeinschaftsschulen könnten problemlos in die Beruflichen Gymnasien integriert werden, so dass unnötige und teure Doppelstrukturen vermieden werden.“

Karin Broszat (Landesvorsitzende des Realschullehrerverbands):

„Eltern der Realschülerinnen und Realschüler werden weiterführend weiterhin den qualitätserprobten und leistungsstarken Weg über berufliche Gymnasien bzw. bestens bewährte allgemeinbildende Gymnasien wählen. Denn gerade sie haben bewusst ihr Kind an einer Realschule und eben nicht an einer Gemeinschaftsschule angemeldet. Wir verstehen, dass die hohen Schülerzahlen der Realschulen die Fantasie der Oberstufenanhänger an der GMS anregt. Aber wir wollen darauf hinweisen, dass man Schülerinnen und Schüler, die sicher den bewährten Weg wählen werden, nicht doppelt rechnen kann, nur um dadurch zu einer günstigeren Zahlenprognose als Voraussetzung zur Genehmigung einer Oberstufe zu gelangen. Das ist Trickserie!“

Bernd Saur (Landesvorsitzender des Philologenverbands):

„Die Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen ist unnötig wie ein Kropf. Wir stellen die Frage, wer denn die hiermit verbundene Verschleuderung von Steuergeldern durch Schaffung einer unnötigen Parallelstruktur verantwortet. In einer solchen Oberstufe dürften nur gymnasiale Lehrkräfte unterrichten. Wie aber gedenkt man diese zu rekrutieren, wenn man schon enorme Schwierigkeiten hat, solche Lehrkräfte für die Klassen 5 bis 10 der Gemeinschaftsschulen zu bekommen? Es ist im Übrigen so, dass viele der dort unterrichtenden gymnasialen Lehrkräfte lieber heute als morgen an ein Gymnasium wechseln möchten, weil sie die Unterrichtsphilosophie der Gemeinschaftsschule nicht länger verantworten können und wollen, man ihnen diesen Schritt aber verwehrt, weil sonst das E-Niveau an der Gemeinschaftsschule gar nicht mehr realisiert werden könnte.“

Es ist unverkennbar, dass der Abstieg dieser Schulart längst begonnen hat: völlige Unklarheit über den Leistungsstand der Schüler und damit die Leistungsfähigkeit der Schulart, als einzige Schulart rückläufige Anmeldezahlen, bevorstehende Standortschließungen, massive Abwanderungstendenzen bei den gymnasialen Lehrkräften. Und auf solch einen fragilen, erodierenden Unterbau soll eine Oberstufe drauf gesetzt werden? Eine solche Maßnahme hat das Potential, zum Top-Flop der baden- württembergischen Bildungspolitik zu werden.

Alle Bemühungen des Schönredens und der Schönfärberei, die die GMS-Traumtänzer inklusive des Ministerpräsidenten (nach ihm sind die Gemeinschaftsschulen auf einem sehr guten Weg!) anlässlich des Jubel-Festaktes zum fünfjährigen Bestehen der Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg am 3.2.2018 geboten haben, entsprechen nur mehr einem verzweifelten Aufbäumen gegen das sich abzeichnende Scheitern der von Grün-Rot 2012 eingeführten Schulart.“

Dass nun auch noch ausgerechnet die Nachbargemeinden, welche bereits alle Schulen von Gemeinschaftsschulen über Realschulen bis zu allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien bereitstellen, die unnötige Installierung einer Gemeinschaftsschuloberstufe in einer öffentlich- rechtlichen Vereinbarung befürworten sollen, ist nicht nachvollziehbar. Es wäre eine Befürwortung zur Schwächung eigener Schulstandorte.

Die Oberstufen der beruflichen Schulen und allgemeinbildenden Gymnasien in der Region um Salem und Friedrichshafen sowie andernorts in Baden-Württemberg sind bestens ausgestattet und bieten den befähigten Realschulabsolventen alle Möglichkeiten, die Hochschulreife zu erlangen.

Abschließend stellen die Verbandsvorsitzenden fest: „Kostspielige Experimente und Schulstrukturdebatten müssen jetzt endlich - wie versprochen - ein Ende haben. Eine auf Zahlentrickserei gründende Oberstufe an Gemeinschaftsschulen würde erneut zu erheblichen Verwerfungen in der Schullandschaft führen. Die Zeiten von kirchturmpolitisch befeuerten Begehrlichkeiten in Verbindung mit ideologisch vererbter, schulpädagogischer Sehschwäche sollen endgültig der Vergangenheit angehören“.

Die Unterzeichnenden:

Herbert Huber Landesvorsitzender des Berufschullehrerverbands BW (BLV)

Dr. Karin Broszat Landesvorsitzende des Realschullehrerverbands BW (RLV)

Bernd Saur Landesvorsitzender des Philologenverbands BW (PhV)